

Umfrageergebnisse 2008

Kurzfassung

Weitere Informationen und die vollständige Publikation finden Sie unter:

<http://www.perspektive-schweiz.ch>

27.10. 2008 - 31.12.2008

20'903 Teilnehmer

46 Fragen

Sponsoren:



news.ch

Impressum

Perspektive Schweiz

c/o Vernunft Schweiz

Postfach

9000 St. Gallen

www.perspektive-schweiz.ch

www.vernunft-schweiz.ch

„Perspektive Schweiz“ ist ein Projekt von:



Vernunft Schweiz
Die neutrale Informationsplattform

Redaktion:

Lawrence Ullmann, Livia Notter, Laurent Marmy, Andreas Ott, Lukas Grossenbacher, Silja Aebersold

Alle geschlechtsspezifischen Bezeichnungen im Bericht gelten grundsätzlich immer für Frauen und Männer.

Alle Daten und Grafiken dürfen unter Angabe der Quelle frei verwendet werden.

Publikation: Februar 2009.

Inhaltsverzeichnis

Projektvorstellung und Repräsentativität.....	S. 4
Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze	S. 5
Zusammenfassungen	
Jugendkriminalität.....	S. 6
Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	S. 8
Stromversorgung	S. 10
Steuersystem	S. 12
Landwirtschaft	S. 14
Stichprobe und Methodik	S. 16
Danksagungen.....	S. 17

Die vollständigen Ergebnisse von allen „Perspektive Schweiz“-Umfragen finden Sie in einer einfach zu bedienenden Online-Datenbank unter <http://ergebnisse.perspektive-schweiz.ch>

Projektvorstellung & Repräsentativität

„Perspektive Schweiz“ ist die Online-Umfrage zur Zukunft der Schweiz. Über 20'900 Teilnehmer aus der ganzen Schweiz haben während neun Wochen zu verschiedenen politischen Vorschlägen und Ideen Stellung genommen. Auf www.perspektive-schweiz.ch konnte der dreisprachige Fragebogen mit 46 Fragen anonym ausgefüllt werden.

Fragen wurden zu folgenden Themenbereichen gestellt: Jugendkriminalität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Steuersystem, Stromversorgung sowie Landwirtschaft. Das Ziel der Umfrage ist es, politische Vorschläge in einem frühen Stadium der Diskussion auf ihre Mehrheitsfähigkeit hin zu überprüfen. Damit soll für Parlamentarier und interessierte Kreise eine Grundlage für politische Neuerungen geschaffen und eine Blockierung der Politik vermieden werden. Ein weiteres Ziel ist es, die Bevölkerung zu mobilisieren, um an der Diskussion über die Zukunft der Schweiz teilzunehmen und diese so aktiv mitzugestalten.

Hinter dem Projekt stehen acht 20 bis 26-jährige Wirtschafts-, Politikwissenschafts-, Rechtswissenschafts- und Informatikstudenten der Universität St. Gallen und der ETH Zürich. Sie haben während einem Jahr ehrenamtlich für die Umsetzung der Studie gearbeitet.

Initiiert wurde „Perspektive Schweiz“ vom Verein „Vernunft Schweiz“. „Vernunft Schweiz“ möchte das Volk besser über komplexe Themen und Zusammenhänge, wie sie z.B. in der Wirtschaftspolitik vorkommen, informieren. Die Bevölkerung soll sich aufgrund sachlicher Argumente selber eine Meinung bilden können, ohne auf fremde Empfehlungen angewiesen zu sein. Deshalb bietet „Vernunft Schweiz“ der Bevölkerung Zugang zu umfassenden und neutralen Informationen.

„Perspektive Schweiz“ ist eine Online-Abstimmung mit dem Ziel, eine repräsentative Aussage zu erarbeiten.

Eine gewöhnliche Internetumfrage ist in der Regel nicht repräsentativ, d.h. sie sagt nichts über die Meinung der Gesamtbevölkerung aus. Dafür gibt es drei Gründe:

- Personen, die über kein Internet verfügen, nehmen nur selten an der Umfrage teil.

- Es können nur Personen an der Umfrage teilnehmen, welche davon Kenntnis haben.
- Es nehmen nur Personen teil, welche am Umfragethema interessiert sind.

Um trotzdem ein repräsentatives Ergebnis zu erhalten, wurden mehrere Vorkehrungen getroffen:

Damit möglichst alle Schweizer von der Umfrage erfahren, wurden mehr als 2 Millionen Internetanzeigen eingeblendet. Zusätzlich wurden sämtliche Kantonal- und Ortsparteien über die Umfrage informiert. Weitere Personenkreise konnten durch Medienarbeit und Partnerschaften angesprochen werden.

Weiter wurden alle Antworten nach den demographischen Kriterien Alter, Geschlecht, Kanton und Bildung gewichtet. Damit bildet die Stichprobe die Schweizer Bevölkerung exakt ab.

Mit diesen Vorkehrungen, speziell mit dem Gewichtungungsverfahren, werden die von normalen Internetumfragen bekannten Verzerrungen fast vollständig eliminiert.

Die Ergebnisse von „Perspektive Schweiz“ sind daher bei über 20'900 Teilnehmern mit einer Fehlertoleranz von +/- 4% repräsentativ.

Weitere Informationen zur Methodik finden Sie auf der Seite „Methodik und Stichprobe“.

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze

Eine absolute Mehrheit erreichen folgende Vorschläge:	Ja	k.A.	Nein
Ab 2015 dürfen nur noch elektronische Geräte der Energieklassen A und B verkauft werden.	85%	7%	8%
Bei schweren Straftaten können Jugendliche nach dem Erwachsenenstrafrecht bestraft werden. Das Erwachsenenstrafrecht erlaubt eine strengere Bestrafung als das bisher angewandte Jugendstrafrecht.	71%	9%	20%
Jugendliche können als Alternative zur Freiheitsstrafe in strikt geführte Erziehungslager (Drillcamps) eingewiesen werden.	68%	13%	19%
Wiederholt straffällig gewordene ausländische Minderjährige können samt Familie des Landes verwiesen werden.	64%	10%	26%
Unternehmen, die mehr als 500 Angestellte in der Schweiz beschäftigen, werden verpflichtet, Krippenplätze anzubieten.	60%	14%	26%
Der Steuerwettbewerb für Einkommen über CHF 300'000.- pro Jahr wird abgeschafft, d.h. die Steuersätze für Einkommen über CHF 300'000 werden schweizweit vereinheitlicht.	60%	14%	26%
Die Polizeipräsenz an Schulen mit hoher Jugendkriminalität wird erhöht.	57%	17%	26%
Der Verkauf von Elektrogeräten (TV, Stereoanlagen, Küchengeräte usw.) mit Stand-by-Einstellungen wird verboten.	55%	14%	31%

Eine relative Mehrheit erreichen folgende Vorschläge:	Ja	k.A.	Nein
Anstelle einer Mutterschaftsversicherung wird eine Elternversicherung eingeführt. Die Eltern erhalten nach der Geburt eines Kindes insgesamt 14 Wochen bezahlte Ferien (gleichviel wie bisher der Mutterschaftsurlaub). Diese Ferien können zwischen Vater und Mutter beliebig aufgeteilt werden. Es entstehen Mehrkosten von 100-200 Mio Franken.	49%	13%	38%
Der Bund unterstützt Unternehmen, welche Teilzeitstellen anbieten, finanziell.	48%	16%	36%
Jeder werdende Vater und jede werdende Mutter muss einen obligatorischen Kurs besuchen, in denen ihnen die wichtigsten Grundkenntnisse der Kindererziehung vermittelt werden.	44%	20%	36%
Alle Steuerabzüge werden abgeschafft und im Gegenzug werden die Steuersätze entsprechend gesenkt.	41%	24%	35%

Abgelehnt wurden folgende Vorschläge	Ja	k.A.	Nein
Profitieren Sie Ihrer Meinung nach vom Steuerwettbewerb?	10%	15%	75%
Als Anreiz weniger Strom zu verbrauchen, erhebt der Bund eine Steuer auf Strom in der Höhe von 20% des ursprünglichen Preises.	15%	12%	73%
Zusätzlich zum Mutterschaftsurlaub wird für arbeitstätige Väter ein vierwöchiger bezahlter Vaterschaftsurlaub eingeführt, welcher gleichzeitig mit dem Mutterschaftsurlaub bezogen werden kann. Es entstehen Mehrkosten von 200-300 Mio Franken.	36%	15%	49%
Haushalte erhalten monatlich eine bestimmte Strommenge (Stromkontingent) mit günstigem Strom. Bei deren Überschreitung verdoppelt sich der Strompreis.	41%	13%	46%
Gas-Kombi-Kraftwerke werden von der CO ₂ -Abgabe befreit und müssen ihren CO ₂ -Ausstoss nicht mehr kompensieren.	20%	37%	43%

Jugendkriminalität – Übersicht

Frage

Wie stark im Vergleich zu heute soll der Staat folgende Massnahmen zur Bekämpfung von Jugendkriminalität in Zukunft wahrnehmen?	Prävention	Stärker als heute	69%
		Gleich viel wie heute	25%
		Weniger als heute	4%
		Weiss nicht/neutral	2%
Restriktion	Stärker als heute	36%	
	Gleich viel wie heute	45%	
	Weniger als heute	16%	
	Weiss nicht/neutral	3%	
Repression	Stärker als heute	64%	
	Gleich viel wie heute	27%	
	Weniger als heute	6%	
	Weiss nicht/neutral	3%	

Prävention

	Ja	k.A.	Nein
Jeder werdende Vater und jede werdende Mutter muss einen obligatorischen Kurs besuchen, in dem ihnen die wichtigsten Grundkenntnisse der Kindererziehung vermittelt werden.	44%	20%	36%
Die Polizeipräsenz an Schulen mit hoher Jugendkriminalität wird erhöht.	57%	17%	26%
Wie stark soll der Staat kulturelle und sportliche Jugendinitiativen finanziell unterstützen?			
			59%
			34%
			5%
			2%

Restriktion

	Ja	k.A.	Nein
Der Verkauf von Alkohol zwischen 21.00 Uhr und 07.00 Uhr wird in den Läden verboten. Der Ausschank in Gaststätten wird nicht eingeschränkt.	50%	13%	37%
Der Konsum von Alkohol vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Alter (16 für Bier/Wein, 18 für Spirituosen) wird strafbar. Bisher war nur die Abgabe strafbar.	52%	13%	35%
Die Abgabe von Alkohol wird erlaubt:			
			4%
			38%
			35%
			15%
			7%
			1%

Der Verkauf von übermässig gewaltdarstellenden Videospiele wird generell (auch 18-Jährige) verboten. 69% 9% 22%

Jugendliche unter 18 Jahren dürfen sich ohne Begleitung von Erziehungsverantwortlichen nicht mehr in der Öffentlichkeit aufhalten (sogenannte Ausgangssperre).			
			4%
			16%
			18%
			18%
			41%
			3%

Repression

	Ja	k.A.	Nein
Bei schweren Straftaten können Jugendliche nach dem Erwachsenenstrafrecht bestraft werden. Das Erwachsenenstrafrecht erlaubt eine striktere Bestrafung als das bisher angewandte Jugendstrafrecht.	71%	9%	20%
Jugendliche können als Alternative zur Freiheitsstrafe in strikt geführte Erziehungslager (Drillcamps) eingewiesen werden.	68%	13%	19%
Eltern können wegen Straftaten ihrer minderjährigen Kinder gebüsst werden.	56%	16%	28%
Wiederholt straffällig gewordene ausländische Minderjährige können samt Familie des Landes verwiesen werden.	64%	10%	26%

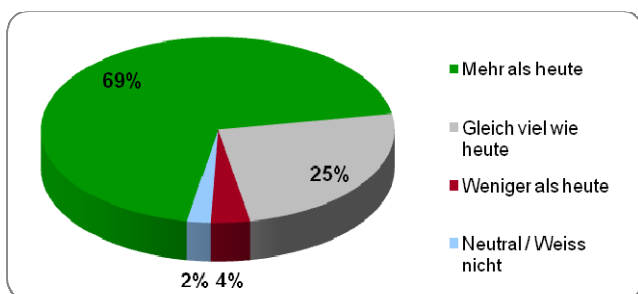
Jugendkriminalität – Erläuterungen

In den letzten Jahren wurde das Thema Jugendkriminalität vermehrt in der Schweiz diskutiert. Entsprechend finden viele Vorschläge grosse Zustimmung. Grundsätzlich sieht die Schweizer Bevölkerung Handlungsbedarf in folgenden Bereichen:

- Eine absolute Mehrheit will mehr Prävention (vorbeugende Massnahmen).
- Mehr Repression (härtere Bestrafung) wird ebenfalls von einer absoluten Mehrheit befürwortet.
- Mehr Restriktionen (Einschränkungen) finden als grundsätzlichen Lösungsansatz keine Mehrheit. Trotzdem werden einzelne zusätzliche Verbote befürwortet.

Prävention

Mit 69% möchte eine deutliche Mehrheit mehr Prävention. Lediglich 25% der gesamten Schweizer Bevölkerung sind mit der aktuellen Situation zufrieden. Diese Ansicht wird unabhängig von Partei, Bevölkerungsgruppe und Wohnort geteilt.



Eine absolute Mehrheit von 69% der Bevölkerung wünscht sich mehr Prävention.

Eine absolute Mehrheit befürwortet erhöhte Polizeipräsenz an Schulen mit hoher Jugendkriminalität (57%) und stärkere finanzielle Unterstützung von kulturellen und sportlichen Jugendinitiativen durch den Staat (59%). Letzt genannter Vorschlag wird von Wählern der PdA, Grünen und SP mit über 80% gutgeheissen. Demgegenüber unterstützen über 75% der Wähler der SVP, SD und EDU stärkere Polizeipräsenz an Schulen mit hoher Jugendkriminalität. Der Vorschlag, dass werdende Eltern einen obligatorischen Kurs über Kindererziehung besuchen sollten, findet bei 44% der Bevölkerung Zustimmung (44% im Jahre 2005). 36% lehnen ihn ab, wobei vor allem Männer dem Vorschlag kritisch gegenüber stehen (39% der Männer und 49% der Frauen sind dafür).

Restriktion

36% der Bevölkerung wünschen mehr Restriktionen im Bereich der Jugendkriminalität; 45% sind mit der Situation zufrieden.

Eine Mehrheit befürwortet ein generelles Verbot von übermässig gewaltdarstellenden Videospiele (69%), eine Ausgangssperre (56%) und ein Verbot zwischen 21.00 und 07.00 Uhr in Läden Alkohol verkaufen zu dürfen (50%). Die Zustimmung steigt mit zunehmendem Alter. Die lateinische Schweiz stimmt einer Ausgangssperre und einem Verkaufsverbot von Alkohol deutlicher zu als die Deutschschweiz. Bezüglich der Altersgrenzen bei der Alkoholabgabe sind 38% der Schweizer Bevölkerung mit der aktuellen Situation zufrieden (16 Jahre für Bier und Wein, 18 Jahre vor Spirituosen). 35% möchten die Altersgrenze generell auf 18 Jahre erhöhen. Die Zustimmung für die aktuelle Situation sinkt mit zunehmendem Alter (57% bei den 15-24-Jährigen gegenüber 25% bei über 65-Jährigen).

Repression

Repressive Massnahmen werden von 64% der Gesamtbevölkerung gutgeheissen, 27% möchten die aktuelle Situation beibehalten.

Alle vorgeschlagenen Massnahmen finden eine absolute Mehrheit. Der Ausschaffung von wiederholt straffällig gewordenen ausländischen Minderjährigen zusammen mit ihren Familien stimmen 64% zu. Vor allem von Wählern der SVP und SD wird der Vorschlag begrüsst (96%, bzw. 97%).

Die Bestrafung von Jugendlichen bei schweren Straftaten nach dem Erwachsenenstrafrecht (71%) und die mögliche Einweisung von Jugendlichen in Erziehungslager/Drillcamps (68%) finden unabhängig von Alter, Einkommen und Bildung grosse Zustimmung.

Ebenfalls eine absolute Mehrheit erreicht der Vorschlag, dass Eltern bei Straftaten ihrer minderjährigen Kinder gebüsst werden können (56%).

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Übersicht

Frage

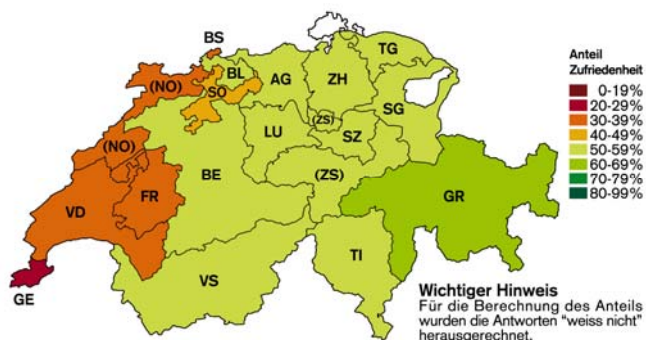
Wie zufrieden sind Sie mit der momentanen familienpolitischen Situation?					
	Sehr zufrieden			5%	
	Zufrieden			39%	
	Unzufrieden			37%	
	Sehr unzufrieden			9%	
	Weiss nicht/neutral			10%	
Wie stark soll der Bund elternfreundliche Arbeitsmarktbedingungen fördern, damit doppelverdienende Eltern neben dem Beruf mehr Zeit mit den Kindern verbringen können?					
	Stärker als heute			53%	
	Gleich viel wie heute			27%	
	Wenger als heute			5%	
	Gar nicht			11%	
	Weiss nicht/neutral			4%	
Wessen Aufgabe ist die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hauptsächlich?					
	Aufgabe des Bundes			37%	
	Aufgabe der Kantone			14%	
	Aufgabe der Gemeinden			6%	
	Keine Aufgabe des Staates			35%	
	Weiss nicht/neutral			8%	
Der Staat fördert folgende Fremdbetreuungsangebote:					
Krippen	Stärker als heute			50%	
	Gleich viel wie heute			30%	
	Weniger als heute			6%	
	Gar nicht			10%	
	Weiss nicht/neutral			4%	
Tageseltern	Stärker als heute			44%	
	Gleich viel wie heute			33%	
	Weniger als heute			5%	
	Gar nicht			11%	
	Weiss nicht/neutral			7%	
Mittagstische	Stärker als heute			56%	
	Gleich viel wie heute			26%	
	Weniger als heute			3%	
	Gar nicht			9%	
	Weiss nicht/neutral			6%	
Mehr Zeit für Eltern zu Hause			Ja	k.A.	Nein
Zusätzlich zum Mutterschaftsurlaub wird für arbeitstätige Väter ein vierwöchiger bezahlter Vaterschaftsurlaub eingeführt, welcher gleichzeitig mit dem Mutterschaftsurlaub bezogen werden kann. Es entstehen Mehrkosten von 200-300 Mio Franken.			37%	14%	49%
Anstelle einer Mutterschaftsversicherung wird eine Elternversicherung eingeführt. Die Eltern erhalten nach der Geburt eines Kindes insgesamt 14 Wochen bezahlte Ferien (gleichviel wie bisher der Mutterschaftsurlaub). Diese Ferien können zwischen Vater und Mutter beliebig aufgeteilt werden. Es entstehen Mehrkosten von 100-200 Mio Franken.			49%	13%	38%
Der Bund unterstützt Unternehmen, welche Teilzeitstellen anbieten, finanziell.			48%	16%	36%
Ausbau und Unterstützung von Fremdbetreuungsangeboten			Ja	k.A.	Nein
Unternehmen, die mehr als 500 Angestellte in der Schweiz beschäftigen, werden verpflichtet, Krippenplätze anzubieten.			60%	14%	26%
Alle Primarschulen in der Schweiz führen Ganztageschulen folgendermassen ein:					
	Obligatorisches steuerfinanziertes Betreuungsprogramm für alle Kinder			12%	
	Freiwilliges steuerfinanziertes Betreuungsangebot			55%	
	Es werden keine Ganztageschulen eingerichtet.			25%	
	Weiss nicht/neutral			8%	

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Erläuterungen

Viele Eltern empfinden es als Herausforderung, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Rund die Hälfte der Bevölkerung ist mit der aktuellen familienpolitischen Situation unzufrieden. Besonders unzufrieden sind Bewohner der Kantone GE, FR, VD und der Region NO, Wähler der Parteien PdA, SP und Grüne sowie Frauen. Der Anteil Unzufriedener ist jedoch seit dem Jahr 2005 leicht gesunken.

Die Bevölkerung sieht in folgenden Punkten Handlungsbedarf:

- Grundsätzlich wird ein erhöhtes staatliches Engagement gewünscht. Lediglich 35% sind der Meinung, dass es keine Staatsaufgabe ist.
- Insbesondere wird eine stärkere Förderung von Fremdbetreuungsangeboten wie Krippen, Mittagstische und Tagesschulen befürwortet.
- Eine relative Mehrheit spricht sich für die Einführung einer Elternversicherung aus.



Die meisten lateinischen Kantone empfinden die familienpolitische Situation als nicht zufriedenstellend.

Mehr Zeit für Eltern zu Hause

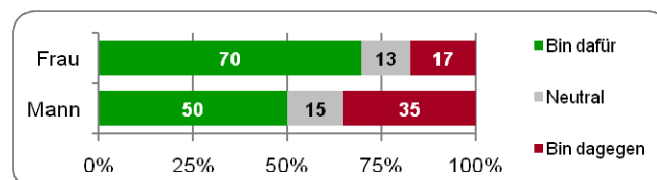
Zu einem vierwöchigen Vaterschaftsurlaub, der gleichzeitig mit dem Mutterschaftsurlaub bezogen werden könnte, hat die Schweizer Bevölkerung heute mit 37% Ja-Stimmen gegenüber 50% im Jahr 2005 eine kritischere Haltung eingenommen. Demgegenüber wünschen sich 49% die Einführung einer Elternversicherung. Nach diesem Vorschlag stehen den Eltern insgesamt 14 Wochen Urlaub zu, die sie beliebig unter sich aufteilen können. 2007 lag die Zustimmung mit 45% nur geringfügig tiefer. Beide Vorschläge werden von älteren Personen stärker abgelehnt.

Fremdbetreuungsangebote

Besonders befürwortet wird die staatliche Unterstützung der Mittagstische (56% der Schweizer Bevölkerung). 50% wünschen eine stärkere Förderung von Krippen, 44% von Tageseltern. Vor allem Wähler der EDU und SVP lehnen dieses Engagement jedoch ab. Frauen stehen der staatlichen Intervention positiver gegenüber als Männer.

Frauen befürworten ebenfalls deutlich stärker als Männer, dass der Bund Unternehmen mit Teilzeitstellen finanziell unterstützen soll (55% zu 40%) sowie dass Unternehmen mit mehr als 500 Angestellten Krippenplätze anbieten müssen (70% zu 50%). Beide Vorschläge werden mit steigendem Einkommen tendenziell stärker abgelehnt. Dass Unternehmen mit mehr als 500 Angestellten verpflichtet werden sollen Krippenplätze anzubieten, wird wie schon im 2006 von 60% der Bevölkerung gutgeheissen.

Vaterschaftsurlaub, Elternversicherung, finanzielle Unterstützung von Unternehmen mit Teilzeitstellen durch den Staat sowie die Verpflichtung für Unternehmen mit über 500 Angestellten Krippenplätze anzubieten wird in den Kantonen Schwyz und Graubünden am stärksten abgelehnt.



Frauen bevorzugen die Einrichtung von Krippenplätzen bei grösseren Unternehmen

Eine absolute Mehrheit von 55% der Gesamtbevölkerung möchte, dass in der Schweiz freiwillige Ganztageschulen eingeführt werden sollen. 25% wünschen keine Ganztageschulen, 12% obligatorische. Die Zustimmung für obligatorische Ganztageschulen ist in den lateinischen Kantonen höher als in der Deutschschweiz. 2007 lehnten 12% Ganztageschulen ab, 62% wünschten eine freiwillige Einführung von Ganztageschulen auf Primarstufe.

Stromversorgung – Übersicht

Frage

Welchen der folgenden Ansätze zur Verhinderung eines Stromengpasses in der Schweiz bevorzugen Sie?

Strikte Einsparungen	46%
Erhöhte Produktion im Inland	44%
Importe	5%
Weiss nicht/neutral	5%

Einsparungen **Ja** **k.A.** **Nein**

Als Anreiz weniger Strom zu verbrauchen, erhebt der Bund eine Steuer auf Strom in der Höhe von 20% des ursprünglichen Preises. 15% 12% 73%

Der Verkauf von Elektrogeräten (TV, Stereoanlagen, Küchengeräte usw.) mit Stand-by-Einstellungen wird verboten. 55% 14% 31%

Haushalte erhalten monatlich eine bestimmte Strommenge (Stromkontingent) mit günstigem Strom. Bei deren Überschreitung verdoppelt sich der Strompreis. 41% 13% 46%

Ab 2015 dürfen nur noch elektronische Geräte der Energieklassen A und B verkauft werden. 85% 7% 8%

Produktion **Ja** **k.A.** **Nein**

Wie viel Prozent mehr als heute sind Sie bereit für Strom zu bezahlen, wenn dieser dafür aus vollständig erneuerbaren Ressourcen (Wasser, Wind, Sonne, etc.) erzeugt wird?

Gar nichts	38%
20%	41%
40%	11%
70%	1%
100%	2%
Mehr als 100%	1%
Weiss nicht/neutral	6%

Gas-Kombi-Kraftwerke werden von der CO₂-Abgabe befreit und müssen ihren CO₂-Ausstoss nicht mehr kompensieren. 20% 37% 43%

Wie soll die künftige Energiepolitik bezüglich Atomenergie aussehen?

Sofortiger Ausstieg ist notwendig.	8%
Es dürfen keine neuen Kraftwerke gebaut werden, die alten werden weiter betrieben (Moratorium), aber nicht mehr ersetzt, wenn sie die maximale Betriebsdauer überschritten haben.	35%
Es dürfen keine neuen Kraftwerke gebaut werden, die alten werden weiter betrieben (Moratorium) und ersetzt, wenn sie die maximale Betriebsdauer überschritten haben.	24%
Es braucht neben den bestehenden noch zusätzliche Atomkraftwerke.	26%
Weiss nicht/neutral	7%

Die Installation von folgenden Anlagen darf nicht mehr, wie es heute zum Teil vorkommen kann, aus Gründen des Heimat-, Natur- oder Landschaftsschutzes eingeschränkt werden.

Solaranlagen an Gebäuden	81%
Solaranlagen auf freiem Feld	43%
Windkraftwerke	62%
Wasserkraftwerke	51%
Die heutige Situation wird beibehalten.	10%
Weiss nicht/neutral	6%

Stromversorgung – Erläuterungen

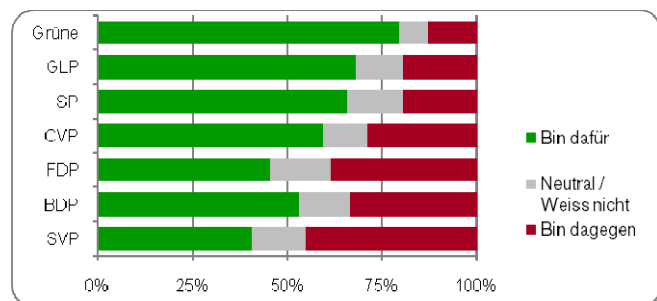
Nimmt der Stromverbrauch weiterhin wie bisher zu, so fehlt es gemäss Studien in der Schweiz ab dem Jahr 2013 an Spitzenenergie und ab dem Jahr 2018 an Bandenergie. Zur Verhinderung eines Stromengpasses, ist die Bevölkerung der Meinung, dass vorwiegend auf strikte Einsparungen (46%) und eine erhöhte Stromproduktion im Inland (44%) gesetzt werden soll. Importe werden nur von einer Minderheit (5%) als primärer Lösungsansatz begrüsst.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung folgende konkrete Massnahmen umsetzen möchte:

- Der Verkauf von Elektrogeräten mit Stand-by-Funktion soll verboten werden.
- Ab 2015 sollen nur noch Geräte der Energieklassen A und B verkauft werden dürfen.
- Die Bewilligung für Solaranlagen an Gebäuden sowie Wasser- und Windkraftanlagen soll nicht mehr aus Gründen des Heimat-, Natur-, oder Landschaftsschutzes verweigert werden dürfen.
- Die bestehenden Atomkraftwerke sollen ersetzt werden.

Sparen

46% der Bevölkerung wünschen strikte Einsparungen um die Stromversorgung sicherzustellen. Eine Lenkungsabgabe von 20% wird jedoch von der Bevölkerung deutlich abgelehnt (73%). Weniger klar lehnte die Bevölkerung mit 46% den Vorschlag ab, Stromkontingente für Haushalte zu errichten (41% Ja-Stimmen). Demgegenüber finden beide Lösungsansätze zur Senkung des Stromverbrauches von Geräten Zustimmung.



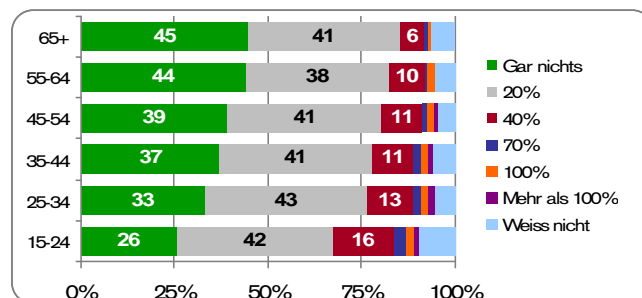
Bei den Wählern der Grünen, GLP und SP ist die Akzeptanz für ein Verbot von Geräten mit Stand-by-Einstellung am höchsten.

Ein Verkaufsverbot für Geräte mit Stand-by-Modus wird mit 55% Ja-Stimmen gegen 31% Nein-Stimmen gutgeheissen. 85% der Bevölkerung befürworten ein Verkaufsverbot für Geräte,

welche nicht den Energieklassen A oder B angehören. Bereits 2007 wurde dieser Vorschlag von 78% angenommen.

Produktion

44% der Bevölkerung befürworten eine Erhöhung der Stromproduktion. Dieser Anteil ist vor allem bei Männern höher (54% zu 35% bei Frauen). Mit 56% ist eine absolute Mehrheit der Bevölkerung bereit, einen Aufpreis von 20% für Strom aus erneuerbaren Energien zu bezahlen. Allerdings wollen 38% gar keinen Aufpreis bezahlen. Die Bereitschaft nimmt mit zunehmendem Alter weiter ab. Eine relative Mehrheit der Bevölkerung (43%) will Gas-Kombi-Kraftwerken die CO₂-Abgabe nicht erlassen. Mit steigender Bildung sinkt die Zustimmung Gas-Kombi-Kraftwerke von der CO₂-Abgabe zu befreien.



Die Bereitschaft einen Aufpreis auf Strom aus erneuerbaren Energien zu bezahlen, nimmt mit zunehmendem Alter ab.

50% der Bevölkerung möchten weiterhin Atomkraftwerke betreiben oder zusätzliche errichten. 43% sind für einen langfristigen oder sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. 2006 wünschten erst 44% die Weiterführung oder Neuerrichtung von Atomkraftwerken gegenüber 47%, die einen Ausstieg aus der Atomenergie befürworteten.

81% der Schweizer Bevölkerung möchten, dass Installationen von Solaranlagen auf Gebäuden nicht mehr aus Gründen des Heimat, Natur- oder Landschaftsschutzes eingeschränkt werden können. Diese Ansicht wird unabhängig von Bevölkerungsschicht, Wohnort oder Parteiwählerschaft von einer deutlichen Mehrheit vertreten. Ebenfalls eine Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, dass der Bau von Wind- (62%) und Wasserkraftwerken (51%) nicht aus den genannten Gründen eingeschränkt werden darf.

Steuersystem – Übersicht

Frage

Bezahlen Sie Ihrer Meinung nach generell im Verhältnis zu anderen Personen zu viel oder zu wenig Steuern?			
Zu viel			55%
Weiss nicht/neutral			43%
Zu wenig			2%
Empfinden Sie die Steuern, die Sie zahlen, als gerechtfertigt in Anbetracht der Leistungen, die Sie vom Staat erhalten?			
Gerechtfertigt			43%
Nicht gerechtfertigt			46%
Weiss nicht/neutral			11%
Steuerwettbewerb	Ja	k.A.	Nein
Der Steuerwettbewerb für Einkommen über 300'000 Franken pro Jahr wird abgeschafft, d.h. die Steuersätze für Einkommen über 300'000 Franken werden schweizweit vereinheitlicht.	60%	14%	26%
Profitieren Sie Ihrer Meinung nach vom Steuerwettbewerb?	10%	15%	75%
Vom Steuerwettbewerb profitieren Ihrer Meinung nach:			
Niemand			2%
Primär reiche Personen			77%
Ein Grossteil der Schweizer Bevölkerung			13%
Weiss nicht/neutral			8%
Progression	Ja	k.A.	Nein
Wie viel Einkommenssteuer (Bund, Kanton und Gemeinde zusammen) soll eine Person mit einem Einkommen von 500'000 Franken pro Jahr bezahlen?			16%
Ø Tatsächlicher Steuersatz			21%
Wie viel Einkommenssteuer (Bund, Kanton und Gemeinde zusammen) soll eine Person mit einem Einkommen von 60'000 Franken pro Jahr bezahlen?			8%
Ø Tatsächlicher Steuersatz			7%
Ehepaare, bei denen beide berufstätig sind, bezahlen heute mehr Steuern als Konkubinatspaare (sogenannte Ehestrafe). Der Bund diskutiert verschiedene Varianten um diese Ehestrafe abzuschaffen oder zu mildern. Welche Varianten bevorzugen Sie?			
Ehepaare versteuern ihr Einkommen nicht mehr zusammen, sondern füllen wie Konkubinatspaare getrennte Steuererklärungen aus (= Individualbesteuerung)			50%
Ehepaare versteuern ihr Einkommen weiterhin gemeinsam, aber die Ehestrafe wird gemildert.			42%
Es gibt keine Änderungen zum heutigen System.			4%
Weiss nicht/neutral			4%
Alle Steuerabzüge werden abgeschafft und im Gegenzug werden die Steuersätze entsprechend gesenkt.	41%	24%	35%
Als wie gerecht empfinden Sie das heutige System von Abzügen bei der Einkommenssteuer?			
Gerecht			6%
Eher gerecht			31%
Eher nicht gerecht			32%
Nicht gerecht			19%
Weiss nicht/neutral			12%
Als wie einfach verständlich empfinden Sie das heutige System von Abzügen bei der Einkommenssteuer?			
Einfach verständlich			8%
Eher einfach verständlich			27%
Eher kompliziert			43%
Kompliziert			15%
Weiss nicht/neutral			7%

Steuersystem – Erläuterungen

Die Gestaltung eines effizienten und gerechten Steuersystems ist ein politisches Dauerthema. Eine Mehrheit von 55% der Bevölkerung glaubt, dass sie im Vergleich zu anderen zu viel Steuern bezahlt und immer noch 46% sind der Meinung, dass die Steuern im Vergleich zu den erhaltenen staatlichen Leistungen zu hoch sind.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung in drei Gebieten Handlungsbedarf sieht:

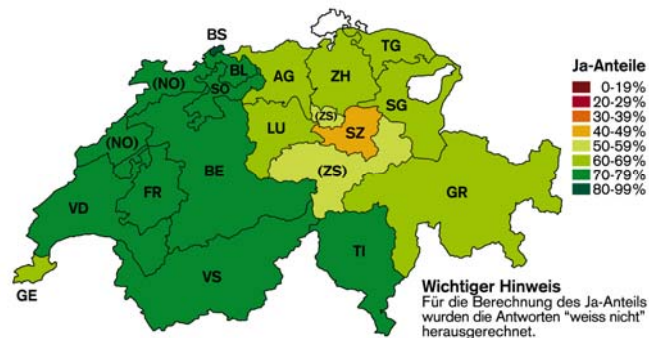
- Eine Mehrheit glaubt, dass der Steuerwettbewerb primär nur reichen Personen hilft und möchte ihn deshalb für Einkommen über 300'000 Franken pro Jahr abschaffen.
- Das aktuelle System der Steuerabzüge empfindet eine knappe Mehrheit als eher ungerecht und kompliziert.
- Abzüge sollen abgeschafft und dafür die Steuersätze entsprechend gesenkt werden sollen.
- Die Ehestrafe soll aufgehoben werden, allerdings ist umstritten, ob dies per Individualbesteuerung geschehen soll oder nicht.

Im Vergleich zu Umfrageergebnissen aus 2005 und 2006 zeigen sich damit kaum Veränderungen. Einzig die Zustimmung zur Abschaffung des Steuerwettbewerbs hat leicht abgenommen.

Steuerwettbewerb

Der Steuerwettbewerb wird im Allgemeinen negativ bewertet. 75% der Bevölkerung sind der Meinung, dass sie vom Steuerwettbewerb nicht profitieren. Ausser im Kanton Schwyz (44%) und in der Zentralschweiz (55%), wo die Meinung nicht so klar ausfällt, sind in den übrigen Kantonen mehr als 68% der Bevölkerung der Meinung, der Steuerwettbewerb bringe ihnen keine Vorteile. Mit 79% denkt eine klare Mehrheit der Schweizer Bevölkerung, dass primär reiche Personen vom Steuerwettbewerb profitieren. Die Auffassung, der Steuerwettbewerb sei für einen Grossteil der Bevölkerung von Nutzen, wird mit zunehmendem Einkommen häufiger vertreten.

Während 60% der Gesamtbevölkerung die Abschaffung des Steuerwettbewerbs für hohe Einkommen befürworten, liegt dieser Anteil im Kanton Schwyz (37%) und in der Zentralschweiz (44%) deutlich tiefer.



Die Westschweiz befürwortet die Abschaffung des Steuerwettbewerbs stärker als die Innerschweiz.

Vor allem Wähler der FDP, LPS, SVP und EDU sind der Meinung, ein Grossteil der Bevölkerung profitiere vom Steuerwettbewerb, und stimmen der Abschaffung des Steuerwettbewerbs weniger stark zu als andere.

Steuerprogression

Das Ergebnis impliziert, dass die Schweizer Bevölkerung die Ehestrafe abschaffen und eine weniger starke Progression will.

So ist die Bevölkerung im Durchschnitt der Meinung, dass Personen mit einem Einkommen von 60'000 Franken 8% davon an Steuern bezahlen sollen. Personen mit einem Einkommen von 500'000 Franken sollen mit einem Satz von 16% besteuert werden. Der aktuelle Einkommenssteuersatz beträgt 7% bzw. 21%.

Eine klare Mehrheit von 92% der Bevölkerung will die Ehestrafe mildern oder abschaffen. Davon gibt mehr als die Hälfte der Individualbesteuerung den Vorzug. Die lateinischen Kantone befürworten allesamt die gemeinsame Besteuerung und eine Milderung, im Gegensatz zur Deutschschweiz, die sich für die Individualbesteuerung ausspricht.

Steuerabzüge

Eine Mehrheit der Bevölkerung empfindet das aktuelle System von Abzügen als (eher) kompliziert (58%) und (eher) ungerecht (51%). Die vollständige Abschaffung dieser Steuerabzüge findet eine Zustimmung von 41%, während 35% diesen Vorschlag ablehnen. Mit zunehmendem Alter und Einkommen steigt die Unterstützung für die Abschaffung der Steuerabzüge.

Landwirtschaft – Übersicht

Frage

Der Markt für landwirtschaftliche Produkte wird im Vergleich zu heute:

Stärker liberalisiert (=mehr dem freien Markt ausgesetzt)	40%
Im heutigen Zustand belassen	22%
Stärker vor der Konkurrenz ausländischer Produkte geschützt	30%
Weiss nicht/neutral	8%

Wie stark soll der Bund die Landwirtschaft finanziell unterstützen (Subventionen, direkte Zahlungen und weitere Massnahmen)?

Stärker als heute	15%
Gleich wie heute	44%
Weniger als heute	36%
Weiss nicht/neutral	5%

Welche der folgenden Leistungen soll der Bund finanziell unterstützen? (Mehrfachauswahl möglich)

Sichere Lebensmittelversorgung der Bevölkerung	74%
Erhaltung der Artenvielfalt und den Schutz der Natur	73%
Landschaftspflege	64%
Bewahrung und Pflege von Traditionen	35%
Andere	7%
Keine	3%
Weiss nicht/neutral	3%

Wie viel Prozent sind Sie bereit für Schweizer Landwirtschaftsprodukte im Verhältnis zu ausländischen Produkten der gleichen Qualität zusätzlich zu bezahlen?

Gar nichts	18%
1-10%	39%
10-20%	28%
20-30%	9%
30-40%	2%
40-50%	1%
Mehr als 50%	1%
Weiss nicht/neutral	2%

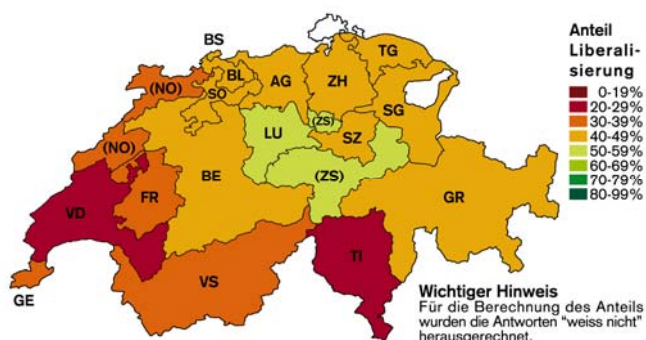
Landwirtschaft – Erläuterungen

Ein Grossteil der Schweizer Landwirtschaft ist in der heutigen Situation auf staatliche Unterstützung angewiesen. Aufgrund der fortschreitenden Marktöffnung kommt sie zunehmend unter Druck.

Zu den Handlungsoptionen bezüglich Liberalisierung und Subventionierung kommen keine eindeutigen Mehrheiten zustande. Es kann daher kein Handlungsbedarf abgeleitet werden. Die Bevölkerung tendiert dazu, die momentane Situation beizubehalten und ist grundsätzlich bereit für Schweizer Landwirtschaftsprodukte einen Aufpreis zu bezahlen.

Liberalisierung

Wie der Markt für landwirtschaftliche Produkte in Zukunft aussehen soll, ist sich die Schweizer Bevölkerung nicht einig. 41% möchten die Landwirtschaft stärker liberalisieren, während 32% einen stärkeren Schutz gegenüber der ausländischen Konkurrenz befürworten. 22% bevorzugen die aktuelle Situation. Eine absolute Mehrheit der Anhänger der FDP, LPS und GLP befürworten eine stärkere Liberalisierung.



Zentralschweizer Kantone bevorzugen eine Liberalisierung der Landwirtschaft. Gegenpol bilden die Kantone VD und TI.

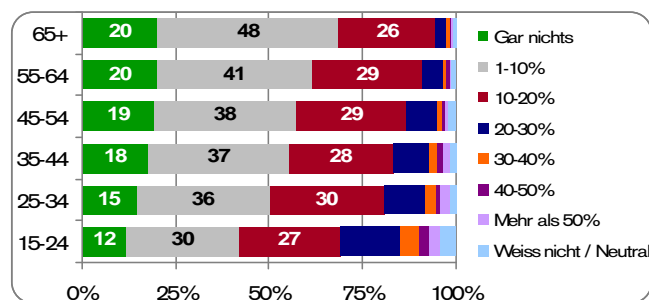
Subventionierung

Klare Mehrheiten zum Umfang der Subventionen sind nicht erkennbar, doch tendiert die Schweizer Bevölkerung zu weniger oder gleich viel Subventionen. 36% der Bevölkerung möchten weniger Subventionen für Landwirte, 15% wollen mehr und 44% gleichviel wie heute. Wähler der FDP und GLP befürworten eine Kürzung der Unterstützung am stärksten, wobei jedoch keine absoluten Mehrheiten erreicht werden. Die lateinische Schweiz befürwortet eine Erhöhung der Subventionszahlungen stärker als die Deutschschweiz.

Bei der Frage, welche Aufgaben der Landwirtschaft subventioniert werden sollen, fällt die Antwort dagegen klar aus. Eine absolute Mehrheit sprach sich für die Unterstützung folgender Bereiche aus: 74% der Gesamtbevölkerung sind für die Unterstützung der Lebensmittelversorgung, 73% für die Unterstützung des Erhalts der Artenvielfalt und Schutz der Natur und 64% befürworten Unterstützung für Landschaftspflege. Die Bewahrung und Pflege von Traditionen durch die Landwirtschaft erachtet die Bevölkerung nicht als unterstützungswürdig (35% Befürworter).

Preise für Schweizer Produkte

Eine absolute Mehrheit der Bevölkerung ist bereit für landwirtschaftliche Produkte aus der Schweiz grundsätzlich mehr zu bezahlen als für gleichwertige Produkte ausländischer Herkunft. 41% würden einen Aufpreis von mehr als 10% bezahlen. 18% sind nicht bereit für Schweizer Produkte mehr auszugeben. Jüngere Personen sind bereit einen höheren Aufpreis zu bezahlen als ältere.



Mit zunehmendem Alter sinkt die Bereitschaft, für Schweizer Landwirtschaftsprodukte mehr zu bezahlen als für gleichwertige ausländische Produkte.

Stichprobe und Methodik

Fragebogen

Der Fragebogen umfasst insgesamt 58 Fragen. Mit den zwölf ersten Fragen werden soziodemographische Angaben zur Person und zu deren Stimmverhalten erhoben. Die restlichen 46 Fragen befassen sich mit den fünf Themenbereichen Jugendkriminalität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Steuersystem, Stromversorgung sowie Landwirtschaft.

Datenerhebung

Die Daten sind anhand des oben beschriebenen Fragebogens durch die Online-Abstimmung vom 27.10.2008 bis zum 31.12.2008 erhoben worden.

Um ein mehrfaches Teilnehmen und ein zufälliges Ausfüllen des Fragebogens zu verhindern, wurden verschiedene technische Hilfsmittel eingesetzt. 1067 Antworten, bei denen ein Verdacht auf Manipulation (Mehrfachteilnahme oder zufälliges Ausfüllen) bestand, wurden vor der Auswertung entfernt.

Für die Auswertung wurden Antworten von Nicht-Schweizer Bürgern entfernt. Dies war notwendig, da nicht genügend in der Schweiz wohnhafte Ausländer an der Umfrage teilgenommen haben.

Stichprobe

Nachdem 1067 Teilnehmer mit Verdacht auf Manipulation und 771 Antworten von unter 15-Jährigen und nicht Schweizer Bürgern gelöscht wurden, umfasst die Stichprobe **20'903 Teilnehmer**. Sie wäre unbearbeitet nicht repräsentativ und enthielte grundsätzlich folgende statistische Verzerrungen:

Soziodemographische Verzerrung: Junge, gut gebildete und reiche Männer haben besseren Zugang zum Internet und haben daher überproportional stark an der Umfrage teilgenommen.

Psychographische Verzerrung: Vor allem bei der Altersgruppe der über 65-Jährigen, welche weniger häufig über einen Internetzugang verfügen, kann eine psychographische Abweichung zum Tragen kommen. Dies, da technologieaffine Per-

sonen eher einen Internetzugang haben als technologieaverse. Die Teilnahme an der Umfrage erfolgte auf Initiative der Teilnehmer selbst. Es haben daher vorwiegend politisch interessierte Personen an der Umfrage teilgenommen, welche sich in der Regel aber auch vermehrt an Volksabstimmungen beteiligen.

Um die soziodemographische Verzerrung zu korrigieren, wurden die Antworten nach den Kriterien Bildung, Geschlecht, Kanton und Alter gewichtet. Dabei wurden die Daten der Volkszählung 2000 vom Bundesamt für Statistik als Grundlage verwendet und wo verfügbar mit neueren Zahlen aktualisiert. Die Kriterien Einkommen und Beruf korrelieren stark mit der Bildung, weshalb nicht separat nach diesen gewichtet wurde.

Regionen

Um den Effekt der Verzerrung möglichst gering zu halten, wurden bei der Auswertung keine Aussagen über Gruppen mit weniger als 450 Teilnehmern gemacht. Aus diesem Grund werden keine Ergebnisse zu den Kantonen AI, AR und SH publiziert. Gesamtschweizerisch werden die Ergebnisse aber dennoch miteinbezogen. Weiter wurden einzelne Kantone, die weniger als 450 Teilnehmer verzeichnen, mit anderen Kantonen zu Regionen zusammengelegt. Ein Rückschluss vom Ergebnis einer Region auf den einzelnen Kanton innerhalb dieser Region ist nicht möglich.

Folgende Kantone wurden zu Regionen zusammengefasst:

Region	Name	Kantone
NO	Nord-Ouest	JU, NE
ZS	Zentralschweiz	GL, NW, OW, UR, ZG

Danksagungen

Ohne die grosszügige Unterstützung von verschiedenen Persönlichkeiten, Unternehmen und Organisationen wäre die Durchführung des Projekts Perspektive Schweiz nicht möglich gewesen. Wir danken herzlich für das Engagement und die wertvollen partnerschaftlichen Beiträge.

Ein herzlicher Dank geht an:

Patronat



*Ueli Leuenberger
Präsident Grüne*



*Christian Levrat
Präsident SP*



*Christophe Darbellay
Präsident CVP*



*Fulvio Pelli
Präsident FDP*



*Toni Brunner
Präsident SVP*

Hauptsponsoren



news.ch

Medienpartner



Danksagungen

Weitere Partner

